

A n t r a g

der Fraktion der FDP

Punktebasiertes Modellprojekt PuMa in Thüringen initiieren - Fachkräfte gewinnen, Wohlstand sichern

I. Der Landtag stellt fest:

Thüringen ist auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, um seinen Wohlstand dauerhaft erhalten zu können und seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort zu sichern. Dies gilt insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung Thüringens. Schon heute können auf dem Arbeitsmarkt nicht alle Stellen besetzt werden, da es an geeigneten Fachkräften fehlt. Diese Fehlentwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken und gefährdet somit den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand im Freistaat. Thüringen befindet sich hier im Wettbewerb mit den fünfzehn anderen Bundesländern, aber auch Deutschland insgesamt konkurriert mit anderen Einwanderungsländern um die besten und klügsten Köpfe. Hier müssen beide künftig deutlich erfolgreicher werden, um in diesem Wettbewerb zu bestehen. Dies wird aber nur gelingen, wenn qualifizierte Einwanderung auch als Chance gesehen wird und auf Akzeptanz in der Gesellschaft trifft. Wie jedes Einwanderungsland wollen auch wir uns aussuchen, wem wir eine Chance auf unserem Arbeitsmarkt geben.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie der Bundesagentur für Arbeit ins Benehmen zu setzen und die für die Durchführung des Modellprojekts "PuMa - Punktebasiertes Modellprojekt für ausländische Fachkräfte" in Thüringen notwendigen Schritte einzuleiten:
 - a) auf Grundlage der Evaluation des Modellprojekts, die Projektgrundlagen zu überarbeiten; insbesondere sind dabei Maßnahmen zum Abbau der bürokratischen Hürden sowie zur verbesserten Veröffentlichung und dem Zugang des Projekts festzulegen;
 - b) sich im Bundesrat für eine bundesweite Etablierung eines Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem auf Grundlage der durch das Modellprojekt PuMa gesammelten Erfahrungen einzusetzen;
2. sich im Bundesrat für ein modernes Zweisäulensystem einzusetzen, bestehend aus einer überarbeiteten Blue Card als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot und der Einführung einer Chancenkarte mit einem Punktesystem zur Steuerung der Vergabe von Visa zur Arbeitssuche;

3. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Ausländerbehörden und Visa-Stellen der Botschaften zu Service-Centern weiterentwickelt werden; sie sind gefordert, sich überall als Aushängeschilder für die Gewinnung kluger Köpfe zu verstehen und insbesondere die Visa-Stellen der Botschaften müssen auf ein einheitliches Servicelevel verpflichtet werden, insbesondere bei der bisher viel zu langen Bearbeitungszeit erwerbsbezogener Aufenthaltstitel;
4. sich im Bundesrat für eine Intensivierung und Vertiefung der bestehenden Werbung, Information und Beratung - etwa im Rahmen von "Make it in Germany" einzusetzen und analog dazu entsprechende Programme in Thüringen zu starten.

Begründung:

Trotz der Tatsache, dass Thüringen derzeit eines der Länder mit der höchsten Erwerbstätigenquote ist, gilt der Freistaat als das am stärksten vom Fachkräftemangel betroffene Bundesland in Deutschland. Aktuell steigen die Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in Thüringen zwar etwas an, jedoch ergeben Prognosen, dass die Zahl der erwerbsfähigen Personen bis zum Jahr 2030 von aktuell 1.040.000 auf 895.000 zurückgehen wird. Dies ist vordergründig durch den demografischen Wandel im Freistaat zu begründen. Bis zum Jahr 2030 werden circa 22 Prozent der Arbeitnehmer in Rente gehen. Als Effekt daraus ergibt sich, dass nicht nur mehr Fachkräfte benötigt werden, um die frei werdenden Stellen zu besetzen, sondern auch, um die steigende Nachfrage in Alten- und Pflegeheimen abdecken zu können. Der aktuell bereits bestehende drastische Fachkräftemangel in Thüringen wird dadurch nur noch größer, vor allem, da 39 Prozent der Betriebe in Thüringen angeben, innerhalb der nächsten Jahre neues Personal einstellen zu wollen. Das Zusammenspiel aus neu geschaffenen Arbeitsplätzen und den Stellen, die aufgrund von in Rente gehenden Mitarbeitern frei werden, werden mit der Tatsache, dass nicht genügend erwerbsfähige Personen aus den bisherigen Ressourcen gewonnen werden können, Thüringen mit den Jahren vor ein noch größer werdendes Problem stellen.

Ein weiterer Indikator für den Mangel an Fachkräften ist die Vakanzzeit, also die Zeit zwischen der gewünschten Zeit der Neubesetzung und der tatsächlichen Neubesetzung. Seit dem Jahr 2010 ist der durchschnittliche Wert in Deutschland von 57 auf 124 Tage gestiegen. In Thüringen liegt der aktuelle Wert der Vakanzzeit bei 184 Tagen, in der Altenpflege sogar bei 236 Tagen.

Um den Wohlstand in Thüringen zu sichern und die Qualität der Thüringer Unternehmen beibehalten zu können, ist es notwendig, entsprechende Maßnahmen zur Lösung des Problems zu ergreifen. Thüringen muss sich erstens um die Steigerung der Absolventenzahlen bemühen. Dafür sind entsprechende Ansätze vorzunehmen, um die Zahl der Schul- und Studienabbrecher zu reduzieren. Des Weiteren bedarf es einer stärkeren Fokussierung auf die Rückkehrprogramme Thüringens, um abgewanderte Fachkräfte wieder für den Freistaat gewinnen zu können. Damit verbunden müssen ebenso die Bedingungen geschaffen werden, um die Abwanderungszahlen zu verringern und qualifizierte Fachkräfte in Thüringen zu halten. Bisher hat es die Landesregierung verpasst, Anreize zu schaffen und Hürden zu nehmen, die eine Abwanderung von Fachkräften in lukrativere Bundesländer verhindern würden.

Das allein wird jedoch nicht ausreichen. Schon heute ist klar, dass der in Thüringen vorhandene Bedarf an Fachkräften nicht ohne qualifizierte Zuwanderung gedeckt werden kann. Wie in jedem anderen Land

mit Fachkräftemangel, bedarf es auch in Thüringen beziehungsweise Deutschland einer Strategie, die den notwendigen Bestand an Fachkräften sicherstellt. Dabei sind jedoch Kriterien festzusetzen, die gewährleisten, dass die Fachkräfte bestimmte Qualifikationen besitzen und damit auch langfristig eine Chance auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben. Daneben können entsprechende Sprachkenntnisse wie auch der Wille zur Integration maßgebliche Punkte sein. Damit Firmen die offenen Stellen für teils kurzfristig benötigte, qualifizierte Fachkräfte, die für den wirtschaftlichen Erfolg notwendig sind, besetzen können, wird Thüringen auch über die Grenzen der EU hinaus nach Fachkräften suchen müssen.

Das PuMa-Modellprojekt wurde im Zeitraum von 2016 bis 2019 im Bundesland Baden-Württemberg durchgeführt. Ziel des Projekts war die Steuerung der Zuwanderung durch kriterienbasierte Ansätze sowie das Gewinnen von Fachkräften. Dabei wurde ein Punktesystem entwickelt, bei dem unter anderem berufliche Qualifikation und Sprachvorkenntnisse wichtige Kriterien bildeten. Die Evaluation des dreijährigen Modellprojekts ergab, dass die Projektdauer zu kurz war, um effektive und langfristige Erkenntnisse daraus schließen zu können. Jedoch war zu erkennen, dass Personen, deren berufliche Qualifikation aufgrund des Punktesystems anerkannt wurde, eine höhere und potenziell langfristige Beschäftigungsquote aufweisen. Die Anerkennung der beruflichen Qualifikation sollte deshalb auch zukünftig eine Voraussetzung sein, um eine nachhaltige und bedarfssichere Beschäftigung erwarten zu können. Aufgrund der mehr oder weniger aussagekräftigen Erkenntnisse aus Baden-Württemberg wurde das Fachkräfteeinwanderungsgesetz überarbeitet und im August 2019 verabschiedet. Seit März 2020 ist es nun in Kraft, jedoch ohne ein punktebasiertes Einwanderungssystem. Die Einführung des PuMa-Modellprojekts im Freistaat Thüringen über einen längeren Zeitraum als drei Jahre würde demnach nicht nur dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sondern auch essentielle und zukunftsweisende Erkenntnisse für die Fachkräfteeinwanderungs-Strategie der gesamten Bundesrepublik Deutschland liefern.

Für die Fraktion:

Montag